

Maßnahmen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht

Der Bericht enthält neben der Beschreibung und Analyse der Lebenslagen in Bremen auch zahlreiche Maßnahmen gegen Armut und für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Maßnahmen werden in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt, um eine Basis für die weitere Arbeit zu bieten und Querverbindungen zwischen den einzelnen Bereichen besser sichtbar zu machen.

In allen Senatsressorts bestehen bereits Programme oder Projekte und Maßnahmen, die sich auch auf Armutslebenslagen positiv auswirken. Diese befinden sich in einer kontinuierlichen Weiterentwicklung (z. B. der Schulentwicklungsplan oder das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm BAP). In der tabellarischen Übersicht im Anhang werden nun direkt auf das Thema Armut/soziale Ausgrenzung bezogene, meist neue Maßnahmevorschläge des Armuts- und Reichtumsberichtes, differenziert nach den thematischen Bereichen (Kapiteln), dargestellt.

Diese Maßnahmen befinden sich auf unterschiedlichen Stufen der Konkretisierung:

Es handelt sich zum Teil um

weit gediehene Vorschläge für Maßnahmen, die bereits in den erforderlichen fachlichen Beratungen geprüft wurden und realistisch hinsichtlich ihrer Umsetzung sind bzw. sich schon in der Umsetzung befinden,

als auch um

für sinnvoll und notwendig erachtete Planungen für Maßnahmen, denen aber bisher für die Umsetzung die finanziellen Voraussetzungen fehlen, z. B. weil Bremen ein Haushaltsnotlageland ist und andere Prioritäten gesetzt wurden,

als auch um

Forderungen aus der öffentlichen und/oder fachlichen Diskussion, die vom zuständigen Senatsressort bislang nicht bewertet wurden,

als auch um

Forderungen und Vorschläge, die sich außerhalb des Bremer Einflussbereiches an „Dritte“ richten, z. B. an den Bund, zur Änderung von Bundesgesetzen,

als auch um

Appelle jenseits des unmittelbaren staatlichen Einflussbereiches, in denen es um das Engagement der Bremerinnen und Bremer geht, ihren jeweiligen persönlichen Beitrag zum Abbau sozialer Ausgrenzung mit einzubringen.

Hintergründe, Einzelheiten und Erläuterungen zu den Maßnahmen, Forderungen und Appellen sind in den jeweiligen Kapiteln des Berichts zu finden.

Tabelle A.1: Übersicht der im ARB genannten Maßnahmen

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
2.1 Bevölkerung im Land Bremen:	
Beschäftigungsquoten erhöhen	Zukünftig muss ein sinkender Bevölkerungsanteil Wohlstand, öffentliche Haushalte und Sozialversicherungssysteme erwirtschaften. Hohe Beschäftigung insbesondere auch derjenigen, die z. Zt. Probleme im Erwerbssystem haben, würde hier Abhilfe schaffen.
Diversity Management verstärken	Eine weiterhin zunehmende Vielfalt der Bevölkerung und der Lebenslagen erfordert insbesondere auch bei Produzenten öffentlicher Dienstleistungen Diversity Management (Bildung, Qualifizierung, Arbeitsförderung, Wohn- und Quartiersmanagement, Gesundheit, Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge u. V. m.).
Familien unterstützen	Die soziale Lage in vielen Familien, der hohe Anteil Alleinerziehender wird weiterhin große Anstrengungen zur Förderung von Kindern und zur Unterstützung ihrer Familien erfordern.
Dienstleistungen an den zunehmenden Anteil Hochbetagter anpassen	Ein veränderter Altersaufbau der Bevölkerung, vor allem mit einem zunehmenden Anteil Hochbetagter, erfordert die Anpassung in vielen öffentlichen Dienstleistungsbereichen (z. B. Gesundheit, Pflege, Wohnumfeld, Mobilität, Bildung).
2.2 Einkommen Schulden und Transferleistungen:	
Überschuldung verhindern	Bildungs- und Verbraucherschutzpolitische Programme und Maßnahmen zur Förderung der Finanzkompetenz; verantwortungsvolle Kreditvergabe; öffentlich finanzierte Frühintervention für Menschen mit Überschuldungsproblemen
Pfändungsfreies Girokonto	Kontolosigkeit infolge Überschuldung verhindern.
Schuldnerberatung sichern	Für die Integrationschancen und die Lebenslagen der Betroffenen bleibt eine gut zugängliche und ausgestattete Schuldnerberatung wichtig.
Armutsfeste Löhne	Politische Initiativen zum Mindestlohn weiterhin unterstützen.
Mindestsicherung für Kinder	Bedarf deckende Kinderregelsätze (politische Initiativen fortsetzen), Kindergartenplätze, Ganztagschule, Freies Essen (u. a. in Schulen), Sportangebote, freie Lernmittel
Mehrbedarfe zulassen und die Gewährung von Einmalleistungen ermöglichen	Hierdurch könnten Einzelleistungen flexibel angepasst werden, insbesondere könnte auch eine bessere fallbezogene Hilfestellung für Familien mit Kindern sichergestellt werden.
Dienstleistungsqualität verbessern	Durch eine umfassende und frühzeitige Beratung kann die Anzahl der Rechtsmittel und Klagen verringert werden. In der Gestaltung und Formulierung der Bescheide sollte verstärkt auf Transparenz und Verständlichkeit geachtet werden. Besonderes Augenmerk sollte der Begründung von Ermessensentscheidungen gelten. Ausreichendes und qualifiziertes Personal der Träger sind dabei eine wichtige Voraussetzung.

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
2.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt:	
Arbeitslosigkeit präventiv vermeiden	Beschäftigung im Strukturwandel durch unternehmensnahe Qualifikation fördern.
Schwerpunktsetzung für Langzeitarbeitslose	Unter Berücksichtigung des Ziels der Armutsbekämpfung sollte die Landesarbeitsmarktpolitik ihren Schwerpunkt in der Förderung von Langzeitarbeitslosen bzw. von Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II haben. Dies sollte sich auch in der Mittelverteilung auswirken.
Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Beschäftigung ermöglichen	Durch anteilige Förderung von neuen Arbeitsverhältnissen werden kommunale Arbeitsmärkte gestärkt. Eine enge Verbindung zur Sozial-, Umwelt und Stadtteilpolitik in beiden Städten des Landes wird gewährleistet.
Beschäftigung fördern, verfestigte Arbeitslosigkeit auflösen	Ausrichten von Qualifizierungsmaßnahmen auf wachsende Beschäftigungsfelder im Bereich der Offshore-Windenergie, der Logistikwirtschaft, der maritimen Technologien sowie der Tourismuswirtschaft. Verstärkung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in benachteiligten Quartieren
Beschäftigungsförderung für Migrantinnen und Migranten	Diversity Management in der Arbeitsförderung, damit u. a. auch Migrant/innen ausreichend gefördert werden
Potenzial von Frauen ausschöpfen	Veränderung von Ausbildungs- und Qualifikationsstrukturen, Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen und explizit frauenspezifische Zugänge ermöglichen.
Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben	Prozesse in Unternehmen z. B. durch die Weiterentwicklung von Infrastrukturen (Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen) unterstützen.
Potenziale Bremerhavens ausbauen	Vorhandene Strukturen von Forschung und Entwicklung insbesondere mit der maritimen Wirtschaft und der lebensmittel- und fischverarbeitenden Industrie stärker verknüpfen.
Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen	Für die Zielgruppe der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen soll aufbauend auf einer Auswertung der Erfahrungen mit dem Programm „Bremen produktiv und integrativ“ und unter Nutzung des neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumentes „Kommunalkombi“ in den nächsten Jahren ein sozialer Arbeitsmarkt mit dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigung aufgebaut werden.
Ausreichend Ausbildungsplätze, besserer Übergang Schule/Beruf	Alle jungen Menschen sollten einen Ausbildungsplatz erhalten können. Das schulische System und das Berufsausbildungssystem müssen einen besseren Übergang an der Schwelle Schule-Beruf gewährleisten.
2.4 Chancen durch Bildung:	
Förderung der frühen Bildung	Kinder bekommen bei Bedarf schon im Kindergartenalter Sprachförderung, um ihre Bildungschancen zu erhöhen. In der Grundschule wird die Sprachförderung auf vielfältige Weise fortgeführt, insbesondere auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Im Jahrgang übergreifenden Unterricht wird nach geistigen Fähigkeiten der Kinder differenziert und entsprechend gefördert. In Ganztagsgrundschulen wird für Kinder aus Familien mit Transferleistungsbezug ein kostenloses Mittagessen vorgehalten.
Verbesserte Ausstattung der Schulen in benachteiligten Quartieren	Den Schulen werden Untersuchungen der Lernausgangslage, systematische Fortbildungsprogramme, Coaching und regelmäßige Evaluation angeboten. Sie müssen ihrerseits ihre Bereitschaft zu grundsätzlichen Veränderungsmaßnahmen erklären und im Verlauf des Projekts praktisch nachweisen.

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Unterricht und Abschlussquoten verbessern	Um Schulen die Chance einer qualitativ hochwertigen Rückmeldekultur zu geben, wurden neben der externen Evaluation die Vergleichsarbeiten in Klasse 3 (VERA 3) eingeführt. Diese Rückmeldungen geben Lehrerinnen und Lehrern die Chance anhand der differenzierten Ergebnisse, ihren Unterricht zu verändern und gerade in Gebieten mit sozial benachteiligten Kindern, Lernangebote so zu verändern, dass diese Kinder mehr Bildungschancen haben. Die Quote derjenigen, die allgemeinbildende Schulen ohne Hauptschulabschluss verlassen (9 %), soll bis 2012 möglichst halbiert werden.
Mehr Praxisorientierung in Abschlussklassen	Ein wesentlicher Schwerpunkt soll zukünftig auf der qualitativen Weiterentwicklung von Maßnahmen liegen, die Hauptschülerinnen und -schüler während ihrer Schulzeit auf den Übergang in die Ausbildung und Beschäftigung vorbereiten.
Keine Studiengebühren	Niemand darf wegen der Erhebung von Studiengebühren vom Studium abgehalten werden. Deshalb werden für bremische Studierende an öffentlichen Hochschulen auch weiterhin grundsätzlich keine Studiengebühren für ein Erststudium erhoben.
Hochschulen öffnen	Spezielle Angebote vor der Zulassung für Migrant/innen; Um mehr Frauen im Studium und in der Forschung vor allem in den Technik- und Naturwissenschaften zur erfolgreichen Karriere zu verhelfen, sind sie besonders in diesen Bereichen und auf allen Ebenen zu fördern.
Schule für alle	Mit der Umsetzung des Schulentwicklungsplans ist beabsichtigt, langfristig das bestehende gegliederte Schulsystem zugunsten einer „Schule für alle Kinder“ abzuschaffen. Dies soll in der Form flächendeckender Ganztagschulen geschehen, in denen Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen und leben, so dass soziale und andere Benachteiligungen durch Schulen zumindest vermindert werden können.
Mehr Übergänge von der Schule in den Beruf	Instrumente der Praxisphase wie Praxislernen in betrieblichen Praktika oder/und Werkstattphasen, Schülerbetriebspraktika sollen einen weit höheren Stellenwert erhalten und kontinuierlich weiter entwickelt werden; Hilfestellungen durch Ausbildungsbegleitung.
2.5 Wohnen:	
Ausreichend preisgünstiger Wohnraum	Kostengünstiger Wohnraum muss in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Im geförderten Wohnungsbau steht dieses Ziel an erster Stelle.
Generationengerechtes Wohnen fördern	„Wohnen in Bremen - eine generationengerechte Adresse“: neue Wohnformen wie z. B. gemeinschaftliches Wohnen.
Möglichst barrierefrei	Bauliche Barrieren im öffentlichen Raum sollen schrittweise abgebaut werden.
2.6 Gesundheit:	
Gesundheitliche Selbsthilfe fördern	Die Förderung von Selbsthilfeaktivitäten auch in benachteiligten Gebieten ist konzeptionell (z. B. hinsichtlich Partizipation) wie auch unter fiskalischen Erwägungen wünschenswert. Wichtig ist jedoch hier eine professionelle Anleitung und – falls Selbsthilfe nicht zu Stande kommt – eine entsprechende sozialstaatliche Intervention.
Präventionsgesetz umsetzen	Geeignete Maßnahmen können sich bei regional flächendeckender Umsetzung als geeignete Strategieoptionen gegen Armut und Benachteiligung erweisen.

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Beschäftigungsmöglichkeiten für psychisch Kranke	Im Rahmen wohnquartierbezogener Strategien zur Bewältigung von Armut sollten für psychisch Kranke tagesstrukturierende, sinnhafte und entgeltliche Beschäftigungen geschaffen werden.
Jährliche Berichterstattung „Brennpunkt Sucht“	Berichterstattung – als Grundlage für quartierbezogene Programme und präventive Planungen – sollte wieder aufgenommen werden, möglichst in Zusammenarbeit mit der Wohnungslosenhilfe.
Streetwork erweitern	Auf der Grundlage einer Analyse weiterer Suchtbrennpunkte im Rahmen der jährlichen Berichterstattung wäre über eine Übertragung des Modells „Grünzug West“ zu entscheiden.
Koordiniertes Casemanagement Junge Menschen	Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Fallmanagern der BAGIS und der für die Suchtberatung zuständigen Fachkräften der Sozialpsychiatrischen Beratungsstellen und der Drogenberatungsstellen.
Bestandsaufnahme Überschuldung und Sucht bei Jgdl. u. jungen Erwachsenen	Bestandsaufnahme bei der BAGIS, bei wie vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Suchtproblematik mit welchem Schweregrad als Vermittlungshemmnis vorliegt.
Stadtteilbezogene Gesundheitsförderung stärken	Vernetzung im Stadtteil, Qualifizierungscurriculum für Multiplikatoren sowie eine geschlechtsspezifische Bewegungsförderung. Stärkere Einbeziehung und Finanzierung sozialräumlicher Gesundheitsförderung und Prävention im Programm „Soziale Stadt“.
Ausreichende Leistungen der Pflegeversicherung	Eine nachhaltige Finanzierung und ausreichende Dynamisierung der Pflegeversicherung, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Pflegeversicherung stärkt, ist dringend erforderlich. Neben den Altersrenten sind ausreichende Leistungen der Pflegeversicherung wesentlich für die Vermeidung von Altersarmut und für die Unabhängigkeit von ausgleichenden Transferleistungen wie der Grundsicherung im Alter.
2.7 Partizipation:	
Einführung einer Ehrenamtskarte	Belohnung und Ermutigung der Ehrenamtlichen
Engagementpolitik ausbauen	Entwicklung von innovativen Formen, die partizipationsfernen Schichten neue Zugänge ins Engagement und insbesondere zur politischen Partizipation eröffnen – und damit größere Verwirklichungschancen.
Unterstützung des karitativen Engagements	Zur Armutsprävention genauso wie zur Minderung von Armutsfolgen.
Beteiligung der Bevölkerung zu Fragen der gesamt-städtischen Planung und Entwicklung	Anhörungsbeteiligung, Entscheidungsbeteiligung, Verfahrens-beteiligung, Gestaltungsbeteiligung sowie Durchführung von Foren/ Bürgergutachten/ Runden Tischen, Erprobung des Modells „Bürgerhaushalt“.
Entwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil	Stärkung der Informationsrechte von Beiräten und Bürger/innen über beabsichtigtes Handeln der Behörden und Ressorts im Stadtteil. Einführung von Planungskonferenzen.
Angebote zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen sowie für Hauptamtliche zur professionellen Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit	Z. B. durch Einrichtung einer virtuellen bremischen Freiwilligenakademie, in der alle Angebote und Module, die bereits bei unterschiedlichen Trägern vom paritätischen Bildungswerk, über die Freiwilligenagentur bis hin zur VHS existieren, dargestellt und angeboten werden
Schaffung geeigneter Orte für bürgerschaftliches Engagement	Z. B. Quartierszentren, Weiterentwicklung und Öffnung von Schulen.
Schaffung von mehr Möglichkeiten zur Übernahme von Verantwortung und zur Selbstorganisation durch die Bürger	Z. B. Patenschaften für Spielplätze, Stadtteilbereiche, Gedenkstätten oder Mitwirkung in Bibliotheken, Museen, Sportstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen; gleichzeitig Übertragung von Mitsprachemöglichkeiten.

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
„Brückenprojekte“	Ortsteilübergreifende Projekte, die das „Auseinanderdriften“ von Quartieren vermeiden. Solche „Brückenprojekte“ können z. B. zwischen Institutionen wie Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen entstehen, aber auch zwischen Gruppen in den Stadtteilen.
Integration durch Sport	Es ist geplant, zum Jahr 2010 einen Integrationsfond einzurichten, in dem Gelder von der EU, nationale und bremische Mittel gebündelt werden. Aus diesem Fond sollen Projekte finanziert werden, die die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen, die Kooperation von Sportvereinen mit Bildungs- und sozialen Einrichtungen, ganz besonders aber die Integration junger Migrantinnen und Migranten fördern (z. B. durch zielgruppengerechte Angebote, Einbindung in verantwortliche Vereinsarbeit).
3.1 Kinder:	
Ausbau der Kinderbetreuung	Als nächster Schritt soll die Betreuungsquote der unter Dreijährigen bis 2013 auf 35 % ausgeweitet werden, um den Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag zu gewährleisten.
Betreuung verbessern	Schrittweise Erhöhung wie auch Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung, die Ausweitung der Sprachförderung und die bedarfsbezogene Aufstockung des Betreuungspersonals, Schwerpunktsetzung auch weiterhin besonders auf Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen.
Eltern Erziehungskompetenzen vermitteln	Angebote in Familienzentren, Kitas, Schulen verstärken. Stärkere, verbindliche Einbeziehung der Eltern in die Betreuungs- und Bildungssysteme
Kita und Schulen als Lebensorte zur Stärkung der Lebenskompetenz entwickeln	Kommunikation, soziale Kompetenz, Ernährung, Kochen, Hygiene als Themen berücksichtigen. Unterrichtsfach „Lebenskompetenz und Gesundheitswissen“ einführen.
Unterstützung von Elternteilen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Angebot sonntägliche Freizeitgestaltung. Konzeptionelle Ansätze sind auszuweiten und den Lebenslagen von Kindern und arbeitenden Müttern und Vätern anzupassen.
Stärkung der Teilhabechancen von Kindern in alleinerziehenden Familien	Programm „Big Brother Big Sister“ erweitern. Kinder können damit ihren Erfahrungshorizont erweitern, sich neue Kompetenzen aneignen und Modellen nachstreben. Mütter und Väter erfahren eine Entlastung.
Erhöhung der Teilnahme von Kindern mit Migrationshintergrund an öffentl. Betreuungs- und Bildungssystemen	Gezielte Werbemaßnahmen
Ausbau von Ferienförderprogrammen durch Jugendhilfe und Schule in benachteiligten Quartieren zur Stärkung der sozialen Inklusion und Verbesserung der Bildungschancen	Mit dem Programmmodul werden die Folgen von Kinderarmut mittels peer-learning-Programm stadtteilbezogen bekämpft: • Teilnehmende Kinder erhalten ein attraktives und förderndes Ferien- und Bildungsangebot in den Ferien • Verbessertes Spracherwerb für Kinder mit entsprechendem Bedarf • Stützung und begleitende Entlastung der Eltern in ihrer Erziehungsfunktion • Zum Teil Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit „Lückekindern“ • Stärkung der Kompetenzen und Selbstwirksamkeitserfahrung für jugendliche Teamerinnen und Teamer und Zertifizierung ihrer nonformalen Bildungserfolge durch die JU-LEICA

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Einrichtung von Spielkreisen für unter 3jährige Kinder in Kindertagesstätten	Stärkung der frühen Entwicklungsförderung.
Ausstattung von Einrichtungen mit einer hohen Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund mit qualifiziertem Personal	Fachliche Bildungs- und Erziehungsansätze, mit denen eine zielgerichtete, kompensatorische entwicklungsgemäße Aneignung von Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen gelingen kann.
Entwicklung eines integrierten Gesundheitsförderkonzeptes	Konsequente Vernetzung und Kooperation der Hauptakteure aus Jugendhilfe, Gesundheit und Bildung.
Förderung der Kindergesundheit durch Prävention	Bsp: TippTapp - Gesund ins Leben. Ziel des Projektes ist es, einen frühen, systematischen und dennoch ressourcenschonenden Zugang zur Zielgruppe der Risikofamilien zu etablieren.
Verstärkung der Arbeit der Familienhebammen	Beratung und Unterstützung von Schwangeren und Müttern mit Säuglingen mit hohem sozialmedizinischen oder psychosozialen Hilfebedarf
Bremisches Kindeswohlgesetz	Früherkennungsuntersuchungen erhöhen und somit Vernachlässigung und Kindesmisshandlung früher und zuverlässiger zu erkennen
Schwache Kinder stark machen - Risiko und „Resilienz“.	Förderung sozial schwacher Kinder, da trotz sozialer Benachteiligung und Risikofaktoren eine gute Entwicklungsperspektive besteht
Zahngesundheit fördern	Verbesserung der Zahngesundheit von sozial benachteiligten Kindern und Jugendliche
Nationaler Aktionsplan (NAP). „Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten“.	5 Handlungsfelder (NAP): - Vorbildfunktion der öffentlichen Hand - Bildung und Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit - Bewegung im Alltag - Qualitätsverbesserung bei der Verpflegung außer Haus - Impulse für die Forschung
Bereitstellung von flexiblen Betreuungsplätzen	Einrichtung oder Tagespflege für Kinder von alleinerziehenden Elternteilen auch vor Arbeits- oder Qualifizierungsaufnahme.
3.2 Junge Menschen:	
Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen im dualen System	Förderung von Verbundausbildungen, Unterstützung bei drohenden Ausbildungsabbrüchen
Beratungsangebote weiter entwickeln	Fokussierung auf benachteiligte Jugendliche, Überprüfung inwieweit sie erreicht werden
Bildungsgang Werkschule	Der geplante neue Bildungsgang Werkschule ist ausgerichtet auf Schülerinnen und Schüler, bei denen ein handlungsorientierter Unterrichtsansatz unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Berufsorientierung geeigneter für das Erreichen der (erweiterten) Berufsbildungsreife und für die Einmündung in das Erwerbsleben ist.
Stopp der Jugendgewalt	Prävention, Intervention und zeitnahe Strafverfolgung mit dem Ziel der Nach- und Resozialisierung bilden die Grundlage der Zusammenarbeit. Im ressortübergreifenden Handlungskonzept werden folgende Einzelziele definiert: - Bekämpfung der Kinder- und Einkommensarmut und Milderung der Folgen - Frühzeitige Unterbrechung krimineller Karrieren - Effektivierung der zeitnahen Verfolgung von Intensivtätern - Gewaltstraftaten von Jugendlichen und Kindern nachhaltig verringern - Entwicklung gewaltfreier Problemlösungskompetenzen von Kin-

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
	dern, Jugendlichen und Eltern - Verbesserung der Integration von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern mit Migrationshintergrund - Spürbare Reduzierung von Alkohol- und Drogenmissbrauch - verstärkte Resozialisierung und Wiedereingliederung jugendlicher Straftäter
Übergangsförderung Schule-Beruf optimieren	Langfristig Reduzierung der sog. Übergangsförderung zu Gunsten von vollwertigen Ausbildungen; Anerkennungsregelungen für die duale Ausbildung schaffen; spezielle Angebote für Migrant/innen und für junge Mütter
3.3 Menschen mit Behinderungen:	
Barrieren abbauen	Schrittweise Umsetzung der Studie „Bremen baut Barrieren ab“, wichtig sind u.a. der Bahnhofsvorplatz und die Domsheide
Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausbauen	Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten sollen weiter integrativ ausgebaut werden
Werkschule ab Jahrgang 9	Vgl. Teil Bildung, 2.4
3.4 Ältere Menschen:	
Selbstständigkeit fördern	Das Ziel, die Selbstständigkeit älterer Menschen so weit wie möglich zu erhalten, ist nur einzulösen, wenn die Wohnungen altersgerecht ausgestattet sind und das Wohnumfeld für das Zusammenleben der Generationen geeignet ist.
Altenwohnungen aufwerten bzw. umnutzen	70 % der Altenwohnungen sind teilweise zu modernisieren, 30 % sollten an andere Gruppen vermietet werden (z. B. Studierende)
Innovative Entwicklung in der ambulanten Versorgung fördern	Unkonventionelle Projekte im Bereich Wohnen und ambulanter Pflege sollen mit einem Innovationsfonds initiiert und gefördert werden.
Altenhilfe und –pflege aktiv / stärker für Migrant/innen öffnen	Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/innen soll geschult werden, Migrant/innen sollen als Mitarbeiter/innen der Altenhilfe und –pflege gewonnen / ausgebildet werden, auf die besonderen kult./ sprachl./ religiösen und sonstigen Bedürfnisse soll stärker eingegangen werden.
3.5 Migrantinnen und Migranten:	
Integration durch Sprache und Bildung	Sprachstandserhebungen und Fördermaßnahmen vor der Einschulung sind zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen abzustimmen und zu intensivieren. Vorkurse für Grundschüler mit Migrationshintergrund; Intensivsprachkurse für Schüler nicht deutscher Herkunftssprache (Seiteneinsteiger) in der Orientierungsstufe und der Sekundarstufe I; Vorkurse für Schüler nicht deutscher Muttersprache für alle Schulstufen; Durchführung von Feriensprachkursen für Schüler mit Migrationshintergrund durch Freie Träger in den Sommerferien; Mit dem „Mercator-Förderunterricht“ sollen durch eine individuelle fach- und sprachspezifische Förderung die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert werden; Das Projekt „START – Schülerstipendien für begabte Zuwanderer“ soll die Zunahme höherer Bildungsabschlüsse bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern; Das Elternbildungsprojekt „Rucksack in der Grundschule“ soll zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung beitragen. Migrantenkinder werden unter Einbeziehung ihrer Mütter gefördert. Bereits vermittelte Sprachkenntnisse (Niveaustufe B1 des Ge-

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
	meinsamen Europäischen Referenzrahmens) sind für eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt oft nicht ausreichend, daher sind ergänzende und weiterführende Sprachförderangebote notwendig. Eine wichtige Funktion nehmen dabei die Arbeitsagenturen und Argen ein, die im Rahmen ihres Fallmanagements Defizite erkennen und durch geeignete Förderung Sprachkompetenzen verbessern können.
Integration durch Ausbildung, Weiterbildung, Beschäftigung und Selbstständigkeit	In berufsbildenden Schulen ist in besonderer Weise für die Ausbildung der Fach- und Berufssprache Sorge zu tragen. Im Rahmen des operationellen Programms des Landes Bremen zur Umsetzung der neuen ESF Förderperiode 2007 - 2013 ist die Förderung der Erwerbsintegration von Menschen mit Migrationshintergrund als Querschnittsziel verankert. In allen Förderbereichen des operationellen Programms wurden - als wichtiger Baustein der Bremer Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern - konkrete Zielzahlen für Personen mit Migrationshintergrund aufgenommen. Über das gesamte Programm sollen ca. 30 % der geförderten Personen Migrationshintergrund haben und ca. 30 % der Fördermittel dafür eingesetzt werden.
Teilhabe an der Erwerbsarbeit	Insgesamt gesehen ist die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit quantitativ und qualitativ zu verbessern. Maßnahmen müssen Migrantinnen und Migranten erleichtern, an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel in der bremischen Wirtschaft Anschluss zu finden. Hierzu gehören berufliche Bildung und Fortbildung, die Verzahnung von Instrumenten der Sprach- und Arbeitsmarktförderung sowie Fördermaßnahmen für nachhaltige Existenzgründungen. Die Bemühungen Bremens um einen hohen Anteil von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst müssen fortgesetzt werden.
Integration durch soziale Stadtentwicklung und Förderung des sozialen Zusammenlebens	Aktives Quartiersmanagement mit dem Schwerpunkt der Schaffung eines guten interkulturellen Zusammenlebens in Nachbarschaften wird u. a. durch Programme wie Wohnen in Nachbarschaften (WiN), Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS) sowie dem Bundesprogramm Soziale Stadt gefördert.
Integration durch Interkulturelle Öffnung	Interkulturelle Trainings für Mitarbeiter/innen der Verwaltung und in Ämtern; Mehr Beschäftigte und Auszubildende mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, Ämtern und bei öffentlichen Dienstleistungen.
3.6 Wohnungslose:	
Frauenspez. Notunterbringung drogenabhängiger Frauen schaffen	Zusätzliche Plätze in Notunterkunft für obdachlose Frauen.
Neue Einrichtung für ältere chronisch mehrfachabhängige Obdachlose schaffen	Steigende Chance zum Ausstieg und zur Therapie durch Ferne zur aktiven Konsumentenszene.
Ausweitung der Eingliederungshilfen für psychisch kranke Obdachlose	Verkürzung der Wartezeiten für Maßnahmen der Eingliederungshilfe (§ 53 SGB XII) zur Verbesserung der Wiedereingliederungschancen und Beendigung von Fehlplatzierungen im System der Notunterkünfte.
Verbesserung der Zugänglichkeit des Gesundheitssystems	Sensibilisierung und Fortbildung niedergelassener Ärzte zu gesundheitlichen Folgen und typischen Erkrankungen Obdachloser.
Verbesserte Wohnungssicherung bei Untersuchungshaft	Übernahme der KdU gem. SGB XII (aufgrund gesetzl. Änderungen im SGB II) während der U-Haft.

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Finanzielle Absicherung der Beratungstätigkeit eines Straffälligen-trägers	Beratungsgegenstand: z. B. Umgang mit Geld einüben.
Ausbau der Teilhabe durch Tätigkeit	Angebot von Tätigkeiten gem. § 11(3) SGB XII für sozial bes. Benachteiligte über das Jahr 2009 hinaus.
Ehrenamtliche Bewährungshilfe einführen	Mentoringsystem von ehemals Straffälligen für Probanden der Bewährungshilfe, Schulung durch Ehrenamtliche.
„Hier geht's los“ (HIGELO)	Kurse zum Aufbau eines positiven Selbstbildes und zum Selbstmanagement (fit for life-Programm) speziell f. Aussiedler, Migranten und Langzeitarbeitslose.
Unterstützung/Beratung der Angehörigen von Straffälligen	Gruppenarbeit, auch mit Theatergruppe.
Spezielle Verbesserung der Wohnungsverorgung	Insbesondere für überschuldete Obdachlose (mit Schufa-Eintrag o.ä.).
Umbau eines Hauses für behinderte Obdachlose (Rollstuhlfahrer)	Speziell für Rollstuhlfahrer mit Schufa-Eintrag
Kulturelle Projekte mit Obdachlosen	Soziales Engagement von Bremerinnen und Bremern
Sportprojekte mit Obdachlosen	Soziales Engagement von Bremerinnen und Bremern
Einladungen an die Bewohner von Notunterkünften durch Beiräte / Vereine	Soziales Engagement von Bremerinnen und Bremern
Besuchsdienste	Soziales Engagement von Bremerinnen und Bremern
Wohnen und Qualifizieren (ausbauen)	Jungen Obdachlosen eine Perspektive bieten, z.B. durch den Erwerb von Schulabschlüssen, Ausbildung oder Arbeit, z.B. für eigenen Wohnraum.
3.7 Frauen:	
Geschlechtsspezifische Datenerhebung und -aufbereitung	Als Grundlage für die Politikgestaltung und für die Entwicklung von Handlungsstrategien und Maßnahmen.
Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern	Gestaltung des Chancengleichheitsprogramms im BAP.
Flexible arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln	Maßnahmen für den besonderen Bedarf und Lebenslagen von Frauen im SGB III und im SGB II
Mindestlohn i. H. v. mindestens 7,50 € einführen	Besonders Frauen würden profitieren, da sie den überwiegenden Teil der Beschäftigten in Niedriglohnsektor darstellen.
Begrenzung auf 15 Stunden für Minijobs	Absenkung der Stundenlöhne über Erhöhung der Arbeitszeit Einhalt gebieten.
Geschlechtergerechte Reform des Steuersystems	Steuerrecht mit Ehegattensplitting und Steuerklasse V wirken als Hürde für Frauen, erwerbstätig zu werden.
Reform SGB II bzgl. Definition „Bedarfsgemeinschaft“	Bedarfsgemeinschaften im SGB II wirken als Modernisierungsbremse in der Geschlechterpolitik, weil sie den Anspruch von Frauen auf eigenständige Existenzsicherung negieren
Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	Flexible und hochwertige Ganztagsbetreuung für Kinder
Unterstützung der Etablierung einer familien- und lebenslauforientierten Personalpolitik in Bremischen Unternehmen	Bsp: Verbundprojekt „Familie und Beruf“

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Erhaltung der Beratungsstellen für Frauen zur Existenzgründung in HB und BHV	Ergänzung um Angebote für die Unternehmensnachfolge
Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft sowie gesetzliche Regelung zur paritätischen Besetzung von Aufsichtsgremien	Nach norwegischem Vorbild
Auf gesetzlicher Ebene: Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel	Fin. Entlastung der Betroffenen zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften
3.8 Alleinerziehende:	
Spezifische Daten und Analysen zu Alleinerziehenden	Als Grundlage für die Entwicklung passgenauer Handlungsstrategien und Maßnahmen zu entwickeln.
Qualitative Datenauswertungen Übergang zur beruflichen Ausbildung bei Mädchen	Erklärungshypothesen für überproportionalen Anteil früher Schulabgängerinnen prüfen (Schwangerschaft, Mutterschaft, Alleinerziehendenstatus).
Gesetzliche Änderungen	Verlässliche Absicherung von Ausbildung im dualen und im schulischen Ausbildungssystem durch Grundsicherung.
Regelangebote für Schulabschluss- und Ausbildungsabschluss für junge Mütter	Bsp. Projekte wie BELEM und Spagat, Känguru
Gezielte schulische Förderung der Kinder	Bei Bedarf Förderunterricht und Nachhilfegutscheine für Kinder Alleinerziehender als Nachteilsausgleich
Qualitative Auswertungen Arbeitsmarktpolitik/ Alleinerziehende im SGB II	Als Grundlage für die Entwicklung passgenauer Handlungsstrategien und Maßnahmen zu entwickeln
Prüfung der stärkeren Ausrichtung von Förderstrukturen und Maßnahmeangeboten im SGB II auf die Zielgruppe	Gegenstand: Kooperationsvereinbarungen zwischen ARGEN und kommunalen Strukturen, Maßnahmeplanung, Festlegung von Zielförderquoten, Implementierung eines Steuerungssystems; Prüfung eines Pilotprojekts zur modellhaften Erprobung eines Integrationsteams für Alleinerziehende; Prüfung einer unabhängigen Clearingstelle für Beschwerden
Stärkere Ausrichtung der Landesarbeitsmarktpolitik auf die Zielgruppe	Integration von Alleinerziehenden als Querschnittsziel mit Zielquoten und einer Doppelstrategie zur Zielerreichung
Ausbau echter Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder	Alle Altersstufen in Tagesbetreuung und im Schulsystem
Vorhandene Betreuungsangebote für Kinder vernetzen, zeitliche und situative Betreuungslücken definieren und schließen	Zentrale Vernetzungsstelle mit dezentralen Zugängen (beispielsweise Datenbank in Kitas), Entwicklung zeitlich flexibler, gut zugänglicher Angebote, die auch Randzeiten und situative Betreuungserfordernisse/Notsituationen schnell und unmittelbar abdecken.
Überprüfung der Qualitätsstandards und Organisationsform der Tagespflege	Höhere Flexibilität bei verbesserter Betreuungsqualität
Alltagsunterstützung	Prüfung eines Modellversuchs für ein kommunales Netzwerk für familienunterstützende Dienstleistungen“
Räumliche Segregation abbauen	Bei Erschließung neuer Baugebiete in zentralen Lagen Wohnmodelle für Alleinerziehende planen, positive Projektansätze zur Verbesserung der Wohnqualität in benachteiligten Wohngebieten verstetigen (z. B. Verknüpfung von Quartiersentwicklung mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten)

Maßnahmen / Vorschläge	Beschreibung
Erhalt und Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten mit nachbarschaftlichem Netzwerkansatz	Mütterzentren, Häuser der Familie, Erprobung von Beteiligungsverfahren bei der Ausgestaltung der konkreten Angebote
Förderung von Selbsthilfe, bürgerschaftlichem Engagement für Alleinerziehende und Arbeit von Interessensvertretungen	Beispiele sind Kulturgutschein, Patenschaftsprogramme für Alleinerziehende, Begleitservice für Kinder von Alleinerziehenden, Schulstipendien für das Aufbringen von „Schulnebenkosten“, die Selbsthilfeangebote von Mütterzentren und Häusern der Familie ebenso wie von Interessensverbänden wie dem VAMV
Kostenfreie oder kostengünstige Mobilität über den ÖPNV	Der Besuch einer frei gewählten Schule, von nachschulischen Veranstaltungen und die Teilnahme an Tagesfahrten mit der Schule, Sport-, Kultur- und anderen Veranstaltungen muss Kinder von Alleinerziehenden mit niedrigen Einkommen offen stehen.
4 Armut und Reichtum in den Stadtteilen, Ortsteilen und Quartieren:	
Segregation nicht durch Verwaltungshandeln verstärken	Vermeidung der sozialen Segregation durch die räumliche Konzentration von Sozialem Wohnungsbau.
Lokale Beschäftigung und Ökonomie fördern	Förderung von Existenzgründungen. Lokale Beschäftigungsförderung durch die Programme Bremen produktiv und integrativ und LOS-Bremen II fortführen.
Ortsteile und Quartiere stärken – Programm WiN weiter entwickeln	Benachteiligte Quartiere stärken
Stadtmonitoring weiterentwickeln	Weiterentwicklung zu einem integrierten Sozialmonitoring mit den Bestandteilen Benachteiligungsindex, Monitoring Soziale Stadt
Senatsprogramme lokal verknüpfen und Schwerpunkte in benachteiligten Quartieren setzen	Verstärkte Ausrichtung der Aktivitäten und Programme aller Senatsressorts (Ressourcenbündelung) auf benachteiligte Stadtgebiete.
Direkte Partizipation und Sozialraumorientierung fördern	Nachhaltige Quartiersentwicklung durch direkte Partizipation. Organisation durch Quartiersmanagement. Sozialraumorientierung als Paradigmenwechsel verankern.
Sozialen Zusammenhalt fördern	Innerstädtischen Entsolidarisierungsprozessen durch Brückenprojekte entgegenwirken, vgl. Teil 2.7.